

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 06 88 846 ppbn d

## Inhalt

Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, erläutert die organisationspolitischen Notwendigkeiten in den nächsten Jahren.

Seite 1-4

Bruno Kreisky, Bundeskanzler und Vorsitzender der SPÖ, beschreibt den Kurs der Sozialdemokraten zwischen Kommunismus und Kapitalismus

Seite 5-8

Helmuth Becker MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, über die Umweltschutzmaßnahmen seines Ministeriums.

Seite 9

37. Jahrgang / 75

21. April 1982

### Die Ortsvereine fördern!

Wir brauchen eine ansprechende politische Kultur

Von Peter Glotz  
SPD-Bundesgeschäftsführer

Es ist gut, daß wir Sozialdemokraten seit der großen Organisationspolitischen Konferenz im Oktober vorigen Jahres eine intensive Debatte über die Modernisierung unserer Parteiorganisation führen. Dabei müssen wir wissen: Eine mangelhafte Organisation kann eine überzeugende Politik entscheidend behindern. Aber auch die beste Organisation kann eine überzeugende Politik nicht ersetzen. Die hauptamtlichen Funktionäre und Organisationsfachleute sind wichtig und unentbehrlich, aber wir haben eine dienende Funktion.

Die größten Probleme haben wir - bei Wahlen, aber eben in der eigenen Organisation - in den großen Dienstleistungszentren. Erklärungen nach politischen Schnittmustern sind dagegen kaum durchzuhalten. Selbst der bittere Konflikt um die Startbahn West im Bezirk Hessen-Süd, der ganz ohne Zweifel einen erheblichen Anteil der überhaupt begründeten Austritte produziert hat, hat diesen Bezirk nicht weit über den Bundesdurchschnitt hinausgetragen: Hessen-Süd liegt 0,4 Punkte oberhalb des Durchschnitts.

Ich will nicht mißverstanden werden: Selbstverständlich lohnt es sich, viel Kraft, Phantasie und Energie in die Organisation zu stecken. Langfristig ist dies ein wichtiges Element von Erfolg und Mißerfolg unserer Partei. Ich warne aber vor kurzfristigen Aufrechnungen, und zwar sowohl vor Aufrechnungen von Wahlergebnissen als auch vor Aufrechnungen der Mitgliederbewegung. Aus den Ergebnissen der Sozialforschung und aus den praktischen Erfahrungen der Parteiorganisation können die Patentrezeptinhaber, die entweder auf "die kritische junge Generation" oder die "Stammwähler" schwören, keinen Honig saugen.

Die Minderheit der Austretenden, die ihren Austritt überhaupt begründet, tritt in die verschiedensten Richtungen aus. Der eine, weil wir Hansen solange nicht ausgeschlossen haben und der andere, weil wir ihn ausgeschlossen haben. Der eine, weil wir eine viel zu liberale Ausländerpolitik betreiben und der andere, weil wir angeblich alle Ideale des demokratischen Sozialismus verraten hätten. Und wenn man es aufsummiert, spielen die direkten sozialen Interessen der Menschen, von der Kindergeldkürzung bis zur Kürzung des Zusatztaschengeldes in Altenheimen - wohl die stärkste Rolle.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Freiwilliger  
mit dem  
Kriegsruhr



Und ebenso ist es doch, wenn man die auf viel breiterer Basis gewonnenen demoskopischen Umfragen analysiert. Nur ein einziges Ergebnis: Von der SPD sind seit 1980 neun Prozent der Wahlbevölkerung abgewandert, von der CDU/CSU ein Prozent, von der FDP zwei bis drei Prozent. Analysiert man die Abwanderer, so ergibt sich: fünf Prozent sind zur CDU gegangen, zwei Prozent zu den Grünen und zwei Prozent zur FDP. Bedenkt man noch zusätzlich, daß die SPD die größten Verluste vor allem bei den jungen Wählern zwischen 18 und 24 Jahren zu verzeichnen hat und daß von den fünf, sechs oder sieben Prozent, die die Grünen zur Zeit bekommen, sehr viele Erstwähler sind, die den Sozialdemokraten also entgehen, dann machen viele unserer öffentlichen Streitereien überhaupt keinen Sinn.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir können das Blatt nicht wenden, indem wir - auf die Mitgliederbewegung oder die Wählerbewegung starrend - "strategische" Kurskorrekturen nach rechts oder links oder sonstwohin vornehmen. Kein Erstwähler wird zur SPD kommen, oder gar in die SPD eintreten, wenn wir plötzlich unsere Verteidigungspolitik in den Pazifismus umknicken lassen. Und kein früherer sozialdemokratischer Wähler, der sich von uns abwendet und zur CDU geht, wird bei uns bleiben, wenn wir plötzlich dem konservativen Zeitgeist nachgeben.

Laßt es uns so machen, wie auf dem Parteitag 1956: Damals haben Männer wie Waldemar von Knoorinen, Leo Brandt, Carlo Schmid und andere ganz und gar gegen den Zeitgeist ein großes Thema, das ihnen wichtig erschien, nämlich die zweite industrielle Revolution, die Forschungsförderung, die Demokratisierung der Bildung auf die Tagesordnung der deutschen Politik gesetzt und dafür gekämpft. Sie haben Jahre gebraucht, bis sie sich durchgesetzt haben, aber sie haben sich mit diesem Thema durchgesetzt. Unser Problem von heute ist nicht, daß wir zu links oder zu grün oder zu rechts oder zu wenig Mitte sind, unser Problem ist, daß wir uns allzu oft von diesen Tendenzen hin- und herbeuteln lassen. Laßt uns aufhören, nur Zeittendenzen zu analysieren und hinter Wählern oder Mitgliedergruppen herzulaufen; unser Ziel muß es sein, Zeittendenzen zu bestimmen.

Damit bin ich bei unserem ersten großen organisationspolitischen Streitthema, der Frage, wie wir den betriebstätigen Arbeitnehmern in unserer Partei den ihnen zustehenden Platz sichern können. Auch mit diesem Thema ist ja herumpolarisiert worden. Und auch hier gilt, daß saftige Interviews in gestandener Arbeitersprache zwar von konservativen Zeitungen und bunten Bilderblättern mit Freude abgedruckt werden, daß sie aber in der von unterschiedlichen Menschen geprägten Volkspartei SPD, wir wir ja wohl alle gewollt haben, keinen einzigen Arbeiter in ein zusätzliches Delegiertenmandat bringen.

Zuerst einmal wehre ich mich gegen den heuchlerisch mitleidigen Ton, den ausgerechnet viele konservative Zeitungen anschlagen, wenn sie über die Mitgliederentwicklung der SPD schreiben. Wer bei jedem Tarifkonflikt zeigt, daß er auf der Seite der Arbeitgeber steht, der sollte aufhören, heuchlerisch die guten Arbeiter gegen die schlechten Akademiker in der SPD auszuspielen.

Die SPD ist nach wie vor die mit riesigem Abstand stärkste Arbeitnehmerpartei und auch Arbeiterpartei in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Partei gehören über 90.000 Betriebs- und Personalräte an; anders gesagt: Fast zehn Prozent unserer Mitglieder sind aktive Betriebs- und Personalräte. Dies heißt, daß gewerkschaftliche Arbeit zu einem ganz erheblichen Teil von den Sozialdemokraten bestimmt wird.

Zweitens zeigt die neueste Analyse unserer Mitgliederdatei, daß die Arbeiter mit 28 Prozent nach wie vor die größte Berufsgruppe in der SPD stellen. Ihnen folgen Angestellte mit 25 Prozent, Hausfrauen mit 12 Prozent, Beamte mit zehn Prozent, Rentner und Pensionäre mit neun Prozent, Schüler und Studenten mit sieben Prozent, Selbständige mit 4,4 Prozent und 1,7 Prozent Lehrlinge. Nichts zeigt deutlicher als diese Statistik, daß die SPD weiterhin die Partei der Arbeitnehmer und ihrer Familien ist und daß im Übrigen das Auseinanderdividieren von berufstätig und nicht berufstätig eine neue Mode darstellt, die wir schnellstens wieder verschlucken sollten.

Trotzdem war es richtig, daß die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen das Thema auf die Tagesordnung unserer organisationspolitischen Debatte gesetzt hat. Denn unbestreitbar ist, daß viele von den gewerkschaftlich aktiven betriebstätigen Arbeitnehmern durch ihre unterschiedlichen Funktionen so aufgefressen werden, daß sie oft nicht mehr die Zeit und die Kraft aufbringen, um Delegiertenmandate in der Partei anzustreben oder anzunehmen. Das ist das konkrete Problem, um das wir uns kümmern, um das wir uns kümmern müssen. Es ist übrigens keineswegs allein ein deutsches Problem. Der Vorsitzende der schwedischen Gewerkschaften, Gunar Nielsson hat erst vor kurzem für sein Land den Satz gesagt: "Auf länge

Sicht ist es verheerend, wenn eine Gruppe von Berufspolitikern alleine über die Entwicklung der Gesellschaft entscheidet." Und er hat hinzugefügt: "Es ist kein guter Nährboden für die Weiterentwicklung der Demokratie. Der einfache Mann auf der Straße fühlt sich zunehmend machtlos und verliert das Interesse an der Politik. Und er fühlt sich nur am Wahltag politisch herausgefordert. Ansonsten glaubt er, daß es Sache der Profis sei, die Politik zu machen".

Wir sind mit Gunar Nielsson der Auffassung, daß es nicht nur Sache der Profis sein kann. Wir sehen die Veränderung in unserer Gesellschaft und in allen großen Industriegesellschaften: Der Arbeiteranteil sinkt, der Anteil der Dienstleistungen am Sozialprodukt und auch der gutausgebildeten Büroberufe an den Arbeitnehmern steigt. Selbstverständlich muß sich dieses auch in der SPD als einer Volkspartei ausdrücken. Aber wir wollen und müssen rechtzeitig dafür sorgen, daß die Unterschiede in der Arbeitswirklichkeit nicht dazu führen, daß weite Bereiche unserer industriellen Arbeitswelt in den Beschlußorganen der SPD unterrepräsentiert sind.

Ich bin deshalb der Auffassung, daß die Diskussion um die Vertretung der betriebstätigen Arbeitnehmer in der SPD sinnvoll und notwendig war und ich vertrete auch den von der Organisationskommission und dem Parteivorstand verabschiedeten Antrag, die "Richtlinien zur Betriebsarbeit". Die Verpflichtung für die Bezirke und Unterbezirke, alle zwei Jahre auf den ordentlichen Parteitag Rechenschaft abzulegen über den Stand der Beteiligung von betriebstätigen Arbeitnehmern in der Parteilarbeit und daraus die notwendigen Konsequenzen aufzuzeigen, weist den richtigen Weg. Wir haben jetzt alle die Chance, ohne unsere Satzung zu ändern, unsere Aufmerksamkeit für die Interessen der betriebstätigen Arbeitnehmer zu schärfen eine einseitige Vertretung der Partei abzubauen. Ich füge aber klar hinzu: Falls wir in einer Zwischenbilanz auf dem übernächsten Parteitag feststellen müssen, daß dieser Weg keinen Erfolg verspricht, müssen wir die Satzungsdiskussion erneut auf die Tagesordnung setzen. Wir dürfen unter keinen Umständen hinnehmen, daß es viele Delegiertenversammlungen in der SPD gibt, die an den Erfahrungen und Problemen der Arbeitnehmer vieler Industriezweige vorbeigeht.

Und damit bin ich beim Verhältnis von Mitgliedern und Delegierten in unserer Partei. Wir sind auch hier nicht mehr nur auf Vermutungen angewiesen, sondern können uns auf Fakten stützen. Ich danke ausdrücklich dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, der einen eigenen Delegiertenfragebogen entwickelt hat, von dem inzwischen fast 4.000 von Delegierten auf Landes-, Bezirks- und Unterbezirksparteitagen zwischen Dezember 1981 und März 1982 ausgefüllt und auch ausgewertet worden sind. Der gleiche Fragebogen ist auch auf diesem Bundesparteitag erstmals ausgegeben worden.

Was zeigen die Delegiertenbefragungen? Auch hier bestätigen die Fakten viele Vorurteile nicht. Ich nenne einige Beispiele: Während nur 35 Prozent aller Mitglieder des entsprechenden Landesverbandes einer Gewerkschaft angehören, sind fast drei Viertel der Delegierten Mitglieder der Gewerkschaften. 85 Prozent der Delegierten sind Mitglieder von Sportvereinen, geselligen Vereinen, Feuerwehren, Bürgervereinigungen, Wohltätigkeitsverbänden und ähnlichen. Die Hälfte der Delegierten sind Mitglieder in zwei oder mehr Vereinen. In Nordrhein-Westfalen kann also jedenfalls nicht gelten, daß die SPD das politische Vorfeld preisgegeben hat.

Besonders interessant aber sind die Auswertungen über den Bildungsgang der Delegierten. Es zeigt sich nämlich, daß die Sozialdemokraten in einem hohen Ausmaß zu den sogenannten "sozialen Aufsteigern" gehören: Rund ein Drittel aller Delegierten haben ein Studium an einer Fachhochschule oder einer Universität absolviert. Die meisten von ihnen, 20 Prozent aller Delegierten, sind dabei aber über den sogenannten zweiten Bildungsweg gegangen. Der generationenspezifische soziale Aufstieg der Delegierten läßt sich auch daran ablesen, daß rund 70 Prozent von ihnen als höchsten Schulabschluß ihrer Eltern die Volks- und Hauptschule angeben. Laßt mich dies mit der Feststellung zusammenfassen: Wenn diesen Genossinnen und Genossen vorgeworfen wird, daß sie Akademiker sind, dann muß ihnen diese Partei, die Bildung und Ausbildung an die vorderste Stelle der deutschen Politik gerückt hat, als schizophren erscheinen. Laßt uns endlich aufhören, pauschal, allgemein und ungerecht über Menschen zu kritisieren, die sich ihre gute Ausbildung oft mühsam erarbeiten mußten und die zu einem hohen Prozentsatz aus Arbeiterfamilien stammen.

Aber natürlich gibt es Probleme und Verzerrungen. Frauen sind unter den Delegierten beispielsweise eindeutig unterrepräsentiert. 26 Prozent Frauen in der Mitgliedschaft stehen 17 Prozent Frauen bei den Delegierten gegenüber. Es darf unter keinen Umständen so bleiben.

Ebenso muß man feststellen, daß natürlicherweise bestimmte Arbeitszeitregelungen und Arbeitsmöglichkeiten das aktive Engagement als Delegierter begünstigen. Zwei von vier Delegierten in Nordrhein-Westfalen sind voll berufstätig, von den Berufstätigen sind 28 Prozent in der Privatwirtschaft und 37 Prozent im öffentlichen Dienst beschäftigt. Es wäre kindisch und unsinnig, dagegen irgendwelche Vorurteile gegenüber dem öffentlichen Dienst abzuleiten, der sich nicht zuletzt aufgrund unserer Politik ausdehnt und der sich zu Recht gegen das pauschale und abfällige Gerede, das auch in der SPD da und dort aufkommt, zur Wehr setzt. Aber niemand wird bestreiten, daß in den nackten Zahlen, die ich hier genannt habe, ein Problem steckt, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

Ich warne auch hier vor Patentrezepten; und ich warne davor, die Delegierten gegen die Mitglieder und die Mitglieder gegen die Delegierten ausspielen zu wollen. Dies kann niemals zum Ziel führen und es ist auch ungerecht. Aber ich unterstütze nachdrücklich die Forderung des Bezirks Franken aus dem Antrag 716, in dem es heißt: "Der Parteivorstand wird aufgefordert, nach Wegen zu suchen, die allen Mitgliedern und nicht nur den Delegierten die Chance geben, an der Auswahl der Mandatsträger mitzuwirken".

Dabei will ich nicht verschweigen, daß mein Vorschlag, innerparteiliche Vorwahlen innerhalb der Mitgliedschaft durchzuführen, derjenige Vorschlag war, der auf den stärksten Widerstand in der Diskussion gestoßen ist. Wir werden in der gegenwärtigen Situation also nichts anderes machen können, als in Modellversuchen in Unterbezirken, die sich freiwillig dazu bereiterklären, prüfen zu lassen, ob dieser Weg gangbar ist oder nicht.

Aber wichtig ist eins: Unter den Delegierten, unter denen sich selbstverständlich auch die Personalkonkurrenz einer großen Partei abspielt und abspielen muß, bilden sich sehr rasch Spezialisierung und Expertenwissen heraus. Dies ist notwendig, wenn wir die schwierigen Probleme unseres schwierigen Alltags bewältigen wollen. Aber es birgt auch eine Gefahr: Die Gefahr nämlich, daß wir monatelang und hingebungsvoll über Nuancen über den Baubeginn von Kernkraftwerken diskutieren, und dabei dann vergessen, daß die Mehrheit der Bürger nicht so sehr an den Nuancen der einzelnen Entscheidungsfragen hängen, sondern daß sie bedrückt werden von ihrer Wohnsituation, von der Kürzung einer Sozialleistung oder der Angst um den Arbeitsplatz. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Themen unserer Delegiertenversammlung und die Themen der Bevölkerung nicht allzu stark auseinanderklaffen.

Ich glaube nicht, daß das Problem durch Satzungsänderungen lösbar ist. Aber ich benutze die Gelegenheit, auf die inhaltsreiche Ausarbeitung über die Ortsvereine hinzuweisen, die unter der Federführung von Walter Kolbow erarbeitet worden ist und diesem Parteitag vorliegt. Wenn ein Ortsverein eine lebendige politische Kultur hat, wenn es ihm gelingt, mit Pro- und Kontra-Diskussionen oder durch Talk-Shows, durch systematische Besuche bei den Mitgliedern und Straßenpatenschaften, durch eine vernünftige Richtlinie über die Größenordnung der Ortsvereine und ein breites geselliges Leben viele Mitglieder zu mobilisieren, dann wird es auch keinen abgehobenen Club von Delegierten geben, die ausschließlich aus Mandatsträgern von heute, von gestern und von morgen bestehen. Der Schlüssel bei Bekämpfung eines abgehobenen Delegiertensystems liegt in der Förderung der Ortsvereine.

(-/21.4.1982/hi/va)

(Auszüge aus der Rede von Peter Glotz auf dem SPD-Parteitag in München)

+ + +



Zwischen Kapitalismus und Kommunismus  
-----

Die Sozialdemokraten stellen heute die politische Alternative dar

Bruno Kreisky, Bundeskanzler und Vorsitzender der SPÖ, vor dem SPD-Parteitag in München

Ich habe gestern anlässlich der Messe in Hannover vor einem Publikum gesprochen, das gewiß politisch anders strukturiert war, als es der Parteitag der SPD ist. Dennoch möchte ich gerne sagen, daß ein Sozialdemokrat, der Regierungsverantwortung trägt, nicht das eine mal so und das andere mal anders reden kann.

Ich habe gestern vom Ost-West-Handel gesprochen, von einer doch qualifizierten Bedeutung für große europäische Industrien. Ich habe davon gesprochen, daß die Milliardenkredite, die den osteuropäischen Staaten gewährt wurden, ja Ihnen nicht aus Bewunderung für Ihr System gegeben wurden, sondern daß mit diesen Milliarden-Beträgen gewaltige wirtschaftliche Transaktionen verbunden waren; auch davon, daß, wenn von Abhängigkeiten die Rede ist, sie mindestens zweiseitige sind, weil die Sowjetunion und die kommunistischen Staaten die Gegenwerte für das, was sie uns zu liefern in der Lage sind, dringend brauchen; und auch von dem Umstand habe ich gesprochen, daß eben Europas Wirtschaftsgeographie so beschaffen ist, das der europäische Osten über größere Energieressourcen verfügt als der europäische Westen.

Ich habe davon gesprochen, daß es wichtiger ist, sich auf Helsinki zu berufen, als über Jalta zu klagen, und daß man für Polen mehr als durch den verbalen Ausdruck der Sympathie eine Politik verfolgen muß, die sich als Ziel setzt, zu jenem Zustand zurückzuführen, den es vor der Errichtung des Militärregimes gegeben hat. Dabei habe ich allerdings auch meiner Skepsis über die Möglichkeiten die hier bestehen, Ausdruck verliehen und möchte dazu heute noch ergänzend ein paar Sätze sagen.

Alle Welt weiß, daß uns, den demokratischen Staaten, Polen 26 Milliarden Dollar, das sind 62,5 Milliarden DM, schuldet, Österreich ist einer der großen Gläubiger mit Forderungen von mehr als vier Milliarden DM. Ich meinte unlängst schon in einer Sitzung des Präsidiums der Internationale, daß sich die Verhandlungen mit Polen nicht ausschließlich auf die Verhandlungen der Banken beschränken dürfen, obwohl sie hier eine sehr wichtige und unentbehrliche Rolle spielen.

Parallel zu diesen Verhandlungen, wo doch eine Gesprächssituation geschaffen wird, müßte es Möglichkeiten geben, einen ernsthaften und geduligen Versuch zu unternehmen, dem polnischen Volk jene Freiräume wieder zu verschaffen, die es sich erkämpft hat - dies unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Helsinki-Akte errichtet wurde auf Basis der Anerkennung jener Verhältnisse, wie sie durch das Bestehen der Pakt-Systeme in Europa bestimmt sind. Es müßte auch möglich sein, unter Berufung auf Erklärungen des Generals Jaruzelski und seiner Regierungskollegen, General Jaruzelski hat in einem Schreiben an mich schon Anfang Januar von der Wiederherstellung der Bürgerrechte gesprochen.

Auch der Stellvertretende Premierminister Rakowski hat in einem in der "Times" vom 23. Februar veröffentlichten Interview erklärt, daß man die Gewerkschaften wieder schaffen und die Solidarität wieder aufwecken würde und zwar mit dem Recht zu streiken, auch den verschiedenen politischen Kräften wurden konkrete Angebote zur Mitarbeit gemacht.

Dabei haben wir umso eher Aussicht etwas zu erreichen, je mehr wir dabei die reale Bedeutung der verschiedenen Paktsysteme anerkennen. Das schwierigste Problem dabei wird eines sein, wovon ich in Hannover nicht gesprochen habe, das ich aber hier erwähnen möchte, nämlich in welcher Weise jenes Maß an gewerkschaftlicher Freiheit und Unabhängigkeit den polnischen Arbeitnehmern in einem annähernd gleichen Maß gewährt werden kann, daß es vorher bereits gegeben hat und daß ja das gegenwärtige polnische Regime als ein Recht des polnischen Volkes anerkennt. Ich glaube, um es einmal in aller Offenheit auszusprechen, daß hier zwar die moralische Autorität der römisch-katholischen Kirche eine



nicht zu unterschätzende Rolle spielt, daß aber auch die freie Gewerkschaftsbewegung der westlichen Welt einen wichtigen Einsatz leisten könnte.

Ich meine damit die christlichen Gewerkschaften, den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, aber ich meine auch jene den kommunistischen Parteien nahestehenden Gewerkschaften, die sich in der polnischen Frage eindeutig auf die Seite der polnischen Arbeiter gestellt haben. Hier müßte ein "Komitee der guten Dienste" einen ersten Versuch machen, eine Brücke zu bauen, weil ich glaube, daß die Führer dieser Gewerkschaften jedenfalls das Vertrauen der polnischen Arbeiter und der Führer der zerschlagenen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc besitzen.

Ich glaube, daß die europäische Sozialdemokratie eine besondere Aufgabe hätte, wobei ich noch einmal betonen möchte, daß das alles nur unter der Voraussetzung gilt, daß die Zusammenarbeit - ich sage es ganz offen - auch mit der Sowjetunion gesucht wird. Denn auch sie muß ein Interesse daran haben, daß Polen nicht zu einer schwärenden Wunde Europas wird.

Ich weiß, daß ich mir wegen dieser Auffassung die Kritik eines Teiles der Konservativen zuziehen werde, aber es kann doch schließlich nicht die Richtschnur unseres Handelns sein, nur kritiklos um die Klippen der konservativen öffentlichen Meinung herumzukommen. Hier muß man sich an den Lassalle'schen Grundsatz von dem "Aussprechen was ist" halten, und ich will hinzufügen, nicht nur aussprechen, was ist, sondern auch was sein soll. Im übrigen stehe ich nicht allein mit meiner Auffassung, daß die polnische Lage auch heute äußerst differenziert ist und so auch betrachtet werden müsse. So heißt es im Kommentar eines Berichterstatters der Los Angeles Times vom letzten Samstag, der in der Herald Tribune abgedruckt wurde: "Das Regime hat Truppen eingesetzt, um eine gewaltlose soziale Revolution des Volks zu zerschlagen und hält noch immer rund 4.000 ihrer Führer in Gefangenschaft. Trotzdem bedeutet das Kriegsrecht in Polen nicht das gleiche Ausmaß an Unterdrückung in allen Bereichen und hat damit eine spezielle polnische Spielart angenommen."

So sieht er die weitere Entwicklung als völlig offen an, wenn er schreibt: "Steigende und besser organisierte Opposition gegenüber dem Kriegsrecht könnte entweder das Regime in Richtung einer schärferen Repression drängen oder zu einer echten Wiederaufnahme des gesellschaftlichen Dialogs."

Es gibt andererseits Leute, die meinen, wir haben in unseren eigenen Ländern genug zu tun und sollten uns eher um die Probleme unserer Länder kümmern. Ganz abgesehen davon, daß das den Kommunisten passen würde, möchte ich doch gerne sagen, daß es zuerst darauf ankommt, den Frieden zu erhalten, denn ohne Frieden sind alle unsere anderen Bestrebungen nutzlos.

Und hier möchte ich mit großem Ernst auf die Bedeutung eures Parteitages hinweisen. Die deutsche Sozialdemokratie, von der die Konservativen behaupten, daß sie sich in einer Krise befinde, müßte, wenn ich einen Wunsch äußern darf, den wir in allen sozialdemokratischen Parteien der Welt haben, auf diesem Parteitag eindeutig den Beweis des Gegenteils liefern.

Wenn ich heute hierher gekommen bin, so vor allem deshalb, weil ich auch sagen möchte, wie dringend wir eine große, starke und kraftvolle deutsche Sozialdemokratie heute mehr denn je in der Welt brauchen, und weil ich auch nicht unerwähnt lassen möchte, zu sagen, wie groß das moralische Prestige der deutschen Sozialdemokratie mit Willy Brandt innerhalb der Internationalen Sozialistischen Bewegung ist; wie sehr wir aber auch wissen, und ich habe gestern auch in Hannover darauf verwiesen, welche gewaltige Leistung gerade Helmut Schmidt in der jetzigen weltpolitischen Entwicklung erbringt.

Wir können auf Euch, auf Eure Leistungen, nicht verzichten, weil sich sonst eine Entwicklung vollziehen würde, die uns, die wir aus der Geschichte gelernt haben, außerordentlich beunruhigt. Bei aller Verantwortung, die wir für den Frieden in der Welt tragen, kann ich nicht von einer zentralen Aufgabe der Sozialdemokratie absehen, die sie immer in der Geschichte gehabt hat. Wenn sie sie nicht zu erfüllen vermochte, hatte dies die ernstesten Konsequenzen für das Volk.



Ich meine, daß wir nie aufhören dürfen, die Wirtschaftsordnung, in der wir leben, durch Reformen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen so zu verändern, daß ihre Quantität die Qualität dieser Wirtschaftsordnung verändert. Und da gibt es vor allem die beunruhigende Tatsache, daß zum Beispiel die OECD für 1982 eine Arbeitslosenzahl von 28,5 Millionen in den westlichen Industriestaaten prognostiziert. Dies ist ein zutiefst beunruhigender Zustand und es muß neben der Sicherung des Friedens unsere Hauptaufgabe sein, dahin zu wirken, daß einem großen Teil dieser Menschen wieder eine sinnvolle gesellschaftliche Funktion, neben der materiellen Bedeutung, die die Arbeit eben hat, gegeben wird.

Ich kann heute hier kein Rezept geben. Wir in Österreich allerdings haben im Augenblick eine Arbeitslosigkeit, die sich wieder den drei Prozent, jener bekannten Marke, mit der Vollbeschäftigung gekennzeichnet wird, nähert. In einer angesehenen liberalen deutschen Wochenzeitung hat unlängst ein Gegner der österreichischen Regierungspolitik eine vollkommen irreführende Darstellung der österreichischen Wirtschaftslage gegeben. Die Fakten sind aber nicht wegzuleugnen. Wir hatten Mitte April rund 2,5 Prozent Arbeitslose. Wir haben eine Inflationsrate von 5,9 Prozent, ähnlich der schweizerischen und der deutschen. Wir haben einen trotz Krise stark steigenden Export - im vergangenen Jahr um 1,5 Prozent - und wir haben, was nicht unwichtig ist, eine fast ausgeglichene Leistungsbilanz mit den Ölstaaten.

Ich könnte eine Fülle anderer Daten angeben, um zu zeigen, daß der Bericht dieses reaktionären Journalisten, der sogar seiner ursprünglichen Zeitung zu unseriös war, ein falsches Bild der Lage wiedergibt, wobei ich gar nicht leugnen möchte, daß auch wir große Probleme haben, denn wir sind eingebunden in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung.

Rund ein Drittel unseres Sozialprodukts geht in den Export und wir haben ein relativ großes Budget-Defizit - nämlich rund 8,5 Milliarden DM. Aber es ist wesentlich geringer als es viele Länder mit konservativen, bürgerlichen Regierungen haben, die gleichzeitig hohe Arbeitslosenraten hinnehmen müssen. Wir haben im Jahre 1981 2,4 Prozent Arbeitslosigkeit gehabt und werden heuer nach den Prognosen auf etwa 3,3 Prozent Arbeitslosigkeit kommen - alles in Anbetracht einer Weltwirtschaftskrise, einer Situation, die uns natürlich auch zu schaffen macht. Dennoch sind wir nicht, ich habe es schon gesagt, in der Lage, Rezepte zu geben.

Aber von einem möchte ich sprechen, nämlich von der Notwendigkeit, daß wir Sozialdemokraten uns unserer historischen Aufgabe immer wieder bewußt werden. Wir erleben wieder mit aller Wucht, was viele Verfechter dieser Wirtschaftsordnung nicht mehr für möglich gehalten haben, nämlich eine schwere Krise mit Millionen Arbeitslosen und vielfach relativ hohen Inflationsraten, wobei groteskerweise der Kapitalismus eines seiner eigenen Lebensgesetze aufhebt, indem er nämlich die Umwandlung von Geldkapital in solches, das in der Wirtschaft arbeitet, durch eine Politik hoher Zinsen verhindert.

Ohne diesen Prozeß kann es aber eine ständige Erneuerung des Produktionsapparates nicht geben, die notwendig ist, um unter internationalen Konkurrenzbedingungen zu bestehen. Wir erleben also auf der einen Seite die Folge dieser Wirtschaftsordnung, sehen aber gleichzeitig auf der anderen Seite in den kommunistischen Staaten schwere Versorgungskrisen, die vor allem darin bestehen, daß die arbeitenden Menschen um einen Teil ihres Arbeitsertrages gebracht werden, ganz abgesehen davon, daß ihnen jedes Maß an Mitbestimmung in der Wirtschaft verwehrt wird und sie auch nicht die Freiheit besitzen, sich jene politische Repräsentanz zu geben, die sie haben wollen.

Kann angesichts dieser Situation jemand bestreiten, daß die Sozialdemokraten hier eine große und entscheidende Aufgabe haben, nämlich eine politische Alternative zu beidem darzustellen? Und ich leugne gar nicht, daß uns dieses Bewußtsein hier und da fehlt, und daß uns die tägliche politische Arbeit, vor allem da, wo wir Regierungsaufgaben zu erfüllen haben, den Blick ein wenig verstellen mag. Aber gerade in einer Situation wie wir sie gegenwärtig in der Welt haben, kann die Sozialdemokratie eine große Rolle spielen, wobei für mich Sozialdemokratie immer einen synonymen Begriff für demokratischen Sozialismus darstellt.



Ich halte es für eine der großen Täuschungen, die wie ich glaube, auf Stalin zurückgeht, daß man das, was in den kommunistischen Staaten besteht, realen Sozialismus nennt. Das hat mit Sozialismus nichts zu tun, denn wie schon die Frankfurter Grundsatzerklärung der Sozialistischen Internationale sagt, "berufen sich die Kommunisten zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Traditionen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Der Kommunismus ist zu einem Dogmatismus erstarrt, der in unvereinbarem Gegensatz zum kritischen Geist des Marxismus steht".

Und weiter heißt es: "Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden."

Liebe Genossinnen und Genossen, immer wenn ich Gelegenheit habe zu sprechen, und ich spüre, daß so manche von pessimistischen Gedanken angekränkt sind, fällt mir eine Episode ein, die ich oft, vor allem den Jungen, erzähle, weil sie zum Erlebnis vieler der Älteren gehört. Es war im Gefängnis des Landgerichtes in Wien, da sassen drei in einer Zelle, ein illegaler Nazi, denn die waren in Österreich zwischen 1934 und 1938 verboten, ein illegaler Kommunist und ich als Sozialdemokrat aus dem Untergrund. Der illegale Nazi kam von seiner Gerichtsverhandlung zurück, er hatte eine vieljährige Kerkerstrafe erhalten und war dennoch froh und heiter, weil er meinte, "Übers Jahr kommt der Hitler", und dann werde er frei sein. Der illegale Kommunist - dem später eine Granate im spanischen Bürgerkrieg den Schädel zerrissen hat - meinte: "Aber nach dem Hitler kommt sicher der Stalin."

Und da saß ich nun als Sozialdemokrat und hatte nichts außer den Ideen, die uns zur Bewegung geführt haben, für die wir in unserer Bewegung gewirkt haben. Hitler ist gekommen, auch Stalin ist gekommen, aber die österreichische Sozialdemokratie ist nun das zwölfte Jahr an der Regierung. Wenn ich auch keinem unbegründeten Optimismus huldigen möchte, so wird sie es für einige Zeit, dank ihres Wirkens, bleiben. Und das, Genossinnen und Genossen, ist doch eine historische Erfahrung, die wir nicht geringschätzen sollten und die uns veranlassen müßte, in unseren Bestrebungen, wie vielfältig sie auch sein mögen, immer wieder die Geschlossenheit unserer Bewegung zu suchen.

(-/21.4.1982/ks/va)

+ + +



Wir sind in besonderem Maße verpflichtet

-----

### Leistungen der Deutschen Bundespost im Bereich des Umweltschutzes

Von Helmut Becker MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Die Deutsche Bundespost sieht sich als öffentliches Unternehmen in besonderem Maße verpflichtet, die Bemühungen der Bundesregierung um Begrenzung der immer bedenklicher werdenden Belastung unserer Umwelt durch eine umweltbewußte Unternehmenspolitik zu unterstützen.

Dazu gehört selbstverständlich die strikte Beachtung gesetzlicher Bestimmungen, von denen hier beispielhaft das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 genannt sei. Darüber hinaus ergreift die Deutsche Bundespost aber auch zahlreiche eigene Initiativen entsprechend den von der Bundesregierung am 22. August 1975 beschlossenen "Grundsätzen für die Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen des Bundes".

Dabei ist allerdings hervorzuheben, daß die eigentlichen Dienstleistungen auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens umweltneutral sind. Lediglich von den dafür erforderlichen Gebäuden, Fahrzeugen und sonstigen Einrichtungen können Umweltbelastungen ausgehen. Diese sind aber nicht intensiver als die von anderen, vergleichbaren Objekten; mit Umweltbelastungen, wie sie beispielsweise von Industrieanlagen ausgehen, sind sie nicht zu vergleichen.

So wurden beziehungsweise werden:

- in Fachplanungen und innerbetrieblichen Anordnungen umweltrelevante Gesichtspunkte entsprechend berücksichtigt,
- die Beteiligung der Naturschutzbehörde und anerkannter Verbände am Planfeststellungsverfahren durch Verfügung vorgeschrieben,
- die Einbindung von Normen- und Typengebäuden in die Umgebung geregelt,
- die Vermeidung von Lärmbelastung durch betriebstechnische Anlagen angeordnet,
- in den Richtlinien-Entwurf "Anforderungsmerkmale an Grundstücke, Gebäude und Räume des Fernmeldewesens" umweltfreundliche Regelungen aufgenommen,
- ein Lernbaustein "Umweltschutz" in Aus- und Fortbildungsveranstaltungen angeboten,
- ein Planungsseminar "Umweltschutz" für Referatsleiter und Mitarbeiter der Liegenschaftsverwaltung durchgeführt,
- geräuschärmere Lkw erprobt,
- die Verwendung von Elektrofahrzeugen im Straßenverkehr erprobt,
- bleifreie Lacke für den Anstrich von Fahrzeugen verwendet,
- asbestfreie Bremsbeläge bei VW-Golf und VW-Polo verwendet (nur für diese Typen bisher freigegeben),
- Der Kraftfahrzeugbestand - soweit möglich - auf Antrieb mit Dieselmotoren umgestellt (weniger CO-Gehalt),
- umweltfreundliches Recycling-Papier - soweit möglich - eingesetzt (derzeit für Briefhüllen, Formblätter und Sanitärpapier),
- die Telefonbücher umweltfreundlich gestaltet mit dem Ziel der Gewinnung hochwertiger grafischer Papiere aus alten Telefonbüchern und
- ein Pilotprojekt zur Altpapierverwertung eingerichtet.

Die Bemühungen der Deutschen Bundespost auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurden schon im Jahre 1978 durch die Verleihung des Umweltschutz-Ehrenbriefs besonders gewürdigt. Für die Bundespost ist diese Ehrung Bestätigung und zugleich Ansporn, den beschrittenen Weg einer umweltbewußten Unternehmenspolitik weiterzugehen. (-/21.4.1982/ks/ca)